ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Flugzeugbau - Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - Bananen-Marktordnung - IWF-Stabilisierungsprogramme - GATT

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1993) : Kurz kommentiert: Flugzeugbau - Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - Bananen-Marktordnung - IWF-Stabilisierungsprogramme - GATT, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 3, pp. 113-114

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136980

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Flugzeugbau
Neuer Subventionswettlauf?

Obwohl die USA und die EG im Juli letzten Jahres ein Abkommen über die Begrenzung von Subventionen im Flugzeugbau abgeschlossen haben – das sich allerdings nur auf die Entwicklung und Produktion neuer Modelle bezieht –, scheint der Streit um die europäischen Finanzhilfen für den Airbus erneut auszubrechen. Angesichts der Ankündigung des amerikanischen Herstellers Boeing, wegen der schlechten Auftragslage im zivilen Flugzeugbau 28000 Mitarbeiter zu entlassen, hat der neue Präsident der USA, Bill Clinton, die europäischen Flugzeugbausubventionen scharf angegriffen und den einheimischen Unternehmen Hilfe im Kampf gegen die europäische Konkurrenz versprochen.

Der derzeitige Rückgang der Nachfrage nach Verkehrsflugzeugen hat allerdings weniger mit unfairem Wettbewerb der Hersteller dieser Maschinen zu tun als vielmehr mit den Überkapazitäten im Luftverkehr und dem ruinösen Wettbewerb der Fluggesellschaften, der ihre Finanzsituation derart verschlechtert hat, daß sie die Bestellung von neuen Flugzeugen drastisch reduziert haben, eine Entwicklung, von der keineswegs nur die amerikanischen Flugzeughersteller betroffen sind.

So begrüßenswert ein Eintreten gegen die Subventionen an sich ist, ist doch angesichts der Umstände, unter denen diese erneute Kritik geäußert wurde, die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß es dem amerikanischen Präsidenten in erster Linie nicht auf einen Abbau der europäischen Subventionen ankommt, sondern darauf, die Kongreßabgeordneten auf die kurz vorher angekündigte neue Technologieförderungspolitik einzustimmen und den amerikanischen Steuerzahlern die Kosten, die damit verbunden sein werden, schmackhaft zu machen. Die Gefahr, daß damit eine neue Runde im internationalen Subventionswettlauf eingeläutet wird, ist nicht zu übersehen. wei

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
Griff zur Notbremse

Arbeitsminister Blüms Griff zur Notbremse mit dem temporären Stopp für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen war dringend nötig. Die ABM-Ausgaben in Ostdeutschland für 1992 hatten trotz sinkender Teilnehmerzahlen die Haushaltsansätze weit überschritten, und es waren großzügig Gelder im Vorgriff bewilligt worden, um Einschränkungen aufgrund der Änderungen des AFG und des Auslaufens des „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" an der Jahreswende zuvorzukommen. Zu der Ausgabenexplosion trugen auch die hohen Lohnsteigerungen bei – ganz abgesehen davon, daß das ABM-Entgelt nach den bis Ende 1992 geltenden Bedingungen manchmal sogar über dem Tariflohn vergleichbarer Beschäftigungen liegt.

Die Auswirkungen der ABM-Pause auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt treten erst mit Verzögerung auf, denn die meisten Maßnahmen laufen länger als ein Jahr. Immerhin wird sich der Rückgang der ABM-Beschäftigung etwas beschleunigen; im Durchschnitt wird die Teilnehmerzahl 1993 unter den zuletzt erwarteten 300000 liegen. Es kann aber nicht unterstellt werden, daß die Arbeitslosigkeit in gleichem Maße zunimmt, wie die ABM-Beschäftigung zurückgeht. Einmal findet stets eine Anzahl von Teilnehmern nach Beendigung der Maßnahme eine reguläre Beschäftigung. Zum anderen wird wohl die neue, den ABM ähnelnde, aber kostengünstigere Förderung nach § 249h AFG um so mehr genutzt werden. Der unter anderem von den Gewerkschaften als Folge des Stopps befürchtete Anstieg der Arbeitslosenzahl in Ostdeutschland um 250000 ist daher nicht realistisch. Die für 1993 bisher auf rund 1,25 Mill. geschätzte Zahl ist wohl nicht nennenswert höher anzusetzen.

Der Vergabestopp bremst die Ausgabenflut. Dennoch wird die Zusage des Arbeitsministers, alle bewilligten Maßnahmen zu finanzieren, für 1993 einen zusätzlichen Bundeszuschuß erfordern. Abgesehen von den hohen Kosten ist auch nach der Änderung des AFG die Gefahr weiterhin groß, daß die starke Subventionierung der ABM-Beschäftigung die Entfaltung privater Wirtschaftstätigkeit behindert. Es wäre daher zu überlegen, ob nicht ABM in Ostdeutschland künftig noch stärker auf Arbeitslose mit besonderen Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche sowie auf gemeinnützige Tätigkeiten konzentriert werden sollten. sp

Bananen-Marktordnung
Dirigistische Detailarbeit

Ab 1. Juli 1993 tritt in der EG die Verordnung vom 13. Februar über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen in Kraft. Mit dieser in den Brüsseler Amtsstuben – unter französischem und britischem Druck – ausgebrüteten dirigistischen Detailarbeit von 33 Artikeln leistet die Gemeinschaft wieder einen beachtlichen Beitrag zur Ausweitung des Protektionismus und zur Festigung ihres Rufes als „Festung Europa". Nicht recht zu deuten ist, warum einige EG-Kommissare und Minister der europäischen Länder diesen Ruf immer wieder durch allerorten gegebene Bekenntnisse zum Freihandel in Frage zu stellen suchen, denn die Liste der protektionistischen Maßnahmen der Gemeinschaft ist doch beachtlich lang.

Ab Juli 1993 werden zum Schutze der Bananen-Erzeuger in der EG und in den AKP-Ländern zunächst jährli-

che Zollkontingente von 2 Mill. Tonnen für Einfuhren aus Drittländern, also primär für die sogenannten „Dollarbananen", festgelegt. Diese aus Mittelamerika stammenden Früchte werden mit einem Zoll von 100 ECU je Tonne und, wenn über das Kontingent hinaus bezogen wird, mit einem prohibitiven Satz von 850 ECU belegt. Verbraucherinteressen scheint die Kommission nicht zu kennen. Die Mengenkontingentierung ist zudem noch verbunden mit Lizenzquoten, die die Importmengen auf die EG-Importeure neu verteilen. Dadurch wird den herkömmlichen Importeuren von Dollarbananen weiterer Umsatz auf dem Verordnungswege entzogen.

Auch wenn die ökonomische Bedeutung des Bananenkonflikts, der sicherlich noch das GATT und den Europäischen Gerichtshof beschäftigen wird, nicht überschätzt werden sollte, so hat er doch eine erhebliche politische Signalwirkung und wirkt sich destruktiv auf die GATT-Runde aus. Einigen EG-Ländern scheint dies nicht ungelegen zu kommen. kr

IWF-Stabilisierungsprogramme

Rezessionsfördernde Wirkungen

Zum wiederholten Male hat der Internationale Währungsfonds gleich mehreren osteuropäischen Reformstaaten zugesagte Zahlungsbilanzhilfen gestrichen, weil die an die Kreditvergabe geknüpften wirtschaftspolitischen Auflagen nicht erfüllt wurden. Dies wirft erneut die Frage nach der Angemessenheit von IWF-Stabilisierungsprogrammen in Osteuropa auf.

Die strengen makroökonomischen Zielvorgaben des Fonds, und hier sind vor allem eine restriktive Geldpolitik und eine Reduzierung des Budgetdefizits zu nennen, stoßen in den betroffenen Ländern nicht gerade auf Gegenliebe, weil sie mit tiefen Einschnitten im sozialen Bereich und zunehmenden Liquiditätsproblemen der Staatsbetriebe verbunden sind und damit kontraproduktiv und rezessionsverschärfend wirken. Dies gilt vor allem für jene Länder, die noch am Anfang des Transformationsprozesses stehen. Während einerseits der Spielraum zur Senkung der Staatsausgaben immer geringer wird, sinken andererseits die Einnahmen aufgrund von Steuerhinterziehung und Mindereinnahmen infolge der allgemeinen Anpassungskrise. Die Maßnahmen, die letztlich eine Verminderung der inländischen Nachfrage nach Importgütern bezwecken, werden in der Regel durch drastische Wechselkursabwertungen ergänzt. Neben einer Verbesserung der Leistungsbilanz kommt es durch eine abwertungsbedingte Verteuerung notwendiger Energie- und Rohstoffeinfuhren jedoch auch zu neuen Inflationsschüben. Können diese Importe nicht finanziert werden, gehen von diesem Instrument ebenfalls rezessionsfördernde Wirkungen aus.

Solange keine deutlichen Fortschritte bei der Reform der mikroökonomischen Strukturen erzielt werden, müssen makroökonomische Stabilisierungsversuche ins Leere laufen. Insofern wird der Fonds in Zukunft gezwungen sein, ein noch stärkeres Gewicht auf gleichzeitige strukturelle Veränderungen zu legen. len

GATT

Unaufhaltsames Siechtum?

Im November 1992 schien der wichtigste Stolperstein für den Abschluß der 8. GATT-Runde beseitigt: Die EG-Kommission einigte sich mit den USA kurz vor Ausbruch eines Handelskrieges auf Regelungen im Bereich der Ölsaaten. Die erforderliche Zustimmung des EG-Ministerrates wird nun aber durch die Drohung Frankreichs gefährdet, gegen das abgeschlossene Agrarabkommen ein Veto einzulegen. Ob die Uruguay-Runde gerettet wäre, wenn das Abkommen das Plazet aus Paris erhielte, bleibt allerdings fraglich, denn allenthalben scheint das Interesse an einem schnellen Vertragsabschluß erlahmt: Die Europäer haben der Zwistigkeiten bereits genug, die Japaner möchten mögliche Probleme mit ihren Reisbauern vermeiden, und die USA konzentrieren sich vor allem auf ihre Binnenwirtschaft.

Man könnte sich natürlich auf den Standpunkt stellen, daß – auch nach einem möglichen Scheitern der Uruguay-Runde – das GATT bestehen bleibt und das in sieben Verhandlungsrunden Erreichte damit nicht entwertet ist. Die Entwicklung der letzten Jahre spricht jedoch dagegen. Denn erstens hat die Gefahr des Sich-gegeneinander-Abschottens durch das Entstehen starker regionaler Wirtschaftsblöcke eher zugenommen. Zweitens gewannen nach dem erfolgreichen Abbau der tarifären Handelshemmnisse Grauzonenmaßnahmen eine wachsende Bedeutung: Freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen pervertieren die GATT-Regeln und Antidumpingmaßnahmen werden nach dubiosen Kriterien angewendet (hier sollte das Uruguay-Abkommen für eindeutige Regeln sorgen). Nicht zuletzt würde ohne Abschluß des Verhandlungspaketes ein zunehmend wichtigerer Teil des Welthandels – die Dienstleistungen – wie auch weiterhin der Textil- und Agrarhandel am GATT vorbeilaufen.

Ohne Abschluß der Uruguay-Runde wird das GATT einem unaufhaltsamen Siechtum preisgegeben. Wer aber hat angesichts der derzeitigen Rezession die Kraft, sich dem Druck einzelner Interessengruppen entgegenzustemmen und einen tragfähigen Kompromiß zu erreichen? er